Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Gerd Mannes AfD**

vom 23.05.2019

- mit Drucklegung -

Drohende Energieversorgungslücke und Netzinstabilität – Bayern wird zunehmend abhängig von ausländischen Stromimporten

Eine aktuelle Studie der Universität Stuttgart (IER und IFK) und des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) „Versorgungssicherheit in Süddeutschland bis 2025 – sichere Nachfragedeckungen auch in Extremsituationen“, die ganz Süddeutschland zum Untersuchungsgegenstand hat (Bayern, Baden-Württemberg, Saarland, Südhessen, der Süden von Rheinland-Pfalz), kommt zu dem Ergebnis, dass Süddeutschland und damit auch Bayern bis zum Jahr 2025 zunehmend auf Stromimporte aus dem Ausland angewiesen sein wird. (https://um.baden-wuerttemberg.de/de/energie/versorgungssicherheit/kapazitaetsmarkt/kapazitaetsentwicklung-in-sueddeutschland-bis-2025/) Ähnliche Bedenken bezüglich der Versorgungssicherheit enthält das Positionspapier der bayerischen Industrie- und Handelskammer. Das Positionspapier zur Landtagswahl 2018 spricht im Stromerzeugungsbereich von einer bayerischen Versorgungslücke von 30% im Jahr 2021. (https://www.bihk.de/bihk/downloads/bihk/6_energiesicherheit.pdf) Darüber hinaus verdoppelt sich der Bedarf an Reservekraftwerken in ganz Deutschland bis 2022/2023. (https://www.welt.de/wirtschaft/article192874827/Energiewende-Bedarf-an-Reserve-Kraftwerken-verdoppelt-sich.html). Insbesondere südlich der Mainlinie wird der Bedarf steigen, wenn die durch Kernkraftwerke abgesicherte Einspeisung entsprechend des Atomausstiegbeschlusses nicht mehr zur Verfügung steht. Bayern droht nach aktuellen Erkenntnissen von Institutionen und Studien eine Energieversorgungslücke und Netzinstabilität, was zu signifikanten Steigerungen der Stromimporte aus dem Ausland führen könnte.

Ich frage die Staatsregierung:

Bayern droht nach Erkenntnissen von Institutionen und Studien eine Stromversorgungslücke, die ohne Gegenmaßnahmen nur über mehr Importe aus dem Ausland gedeckt werden kann. Teilt die Staatsregierung diese Ansicht?

1.1 Wie hat sich der Stromimport nach Bayern pro Jahr seit 2010 entwickelt?

AfD-Fraktion im bayerischen Landtag
Maximilianeum · 81627 München · info@afd-landtag.bayern
www.afd-landtag.bayern

1.2 Aus welchen Nachbarstaaten und Bundesländern wurde primär pro Jahr seit 2010 importiert?

1.3 Aus welchen Quellen speist sich der Großteil des importierten Stromes pro Jahr seit 2010 (Atomkraft, Kohlekraft…etc)?

2.1 Mit welcher Entwicklung bezüglich des Stromimportes rechnet die Staatsregierung bis 2025 je Jahr im Hinblick auf Volumen und Herkunftsländer?

2.2 Wie schätzt die Staatsregierung die Entwicklung des zukünftigen Stromimportes hinsichtlich der Erzeugungsquellen ein? (Anteil Kohleverstromung, Atomstrom, Wasserkraft…)

2.3 Wie wird die Gefahr eingeschätzt, dass sich Bayern auf Basis einer zunehmenden Importabhängigkeit von Strom aus dem Ausland politisch erpressbar macht?

3.1 Hält die Staatsregierung die formulierten Bedenken und Forderungen des Positionspapiers der bayerischen Industrie- und Handelskammer (BIHK) für richtig und umsetzbar?

3.2 Welche Maßnahmen wurden und werden seit der neuen Legislaturperiode eingeleitet, um die drohende Stromerzeugungslücke abzuwenden?

3.3 In welcher Form wurde der Bau der erforderlichen neuen „Netzstabilitätsanlagen“ beschleunigt?

4.1 Sind Personalsteigerungen in entsprechenden Behörden vorgesehen, um die Genehmigungsverfahren für schnellstartbare „Netzstabilitätsanlagen“ zu beschleunigen?

4.2 Wie groß schätzt die Staatsregierung den zusätzlichen Personalbedarf für „Netzstabilitätsanlagen“ ein?

4.3 Welche Kosten verursachen potenzielle Personalsteigerungen in den Behörden, welche durch den erhöhten Bedarf an „Netzstabilitätsanlagen“ anfallen?

5.1 Nach aktuellen Prognosen verdoppelt sich Deutschlands Bedarf an Reservekraftwerken im Winter 2022/2023. Weshalb gibt es aus Sicht der Staatsregierung diesen erhöhten Bedarf, insbesondere in Bayern?

5.2 Wie viele Reservekraftwerke gibt es derzeit in Bayern? (Bitte mit Angabe der insgesamten Leistung in Megawatt, die die Reservekraftwerke decken können)

5.3 Wie hoch schätzt die Staatsregierung den notwendigen bayerischen Mehrbedarf an Reservekraftwerken zur Sicherung der bayerischen Netzstabilität?

6.1 Welche Maßnahmen sind aus Sicht der Staatsregierung notwendig, um den absehbaren Zusatzbedarf an Reservekraftwerken zu decken? (Bitte auch Kosten für Maßnahmen schätz)

6.2 Droht gar die kurzfristige Anmietung ausländischer Kraftwerke, um die Versorgungssicherheit überhaupt noch 2022/2023 garantieren zu können?

6.3 Ist aus Sicht der Staatsregierung das Publikwerden des Mehrbedarfes an Reservekraftwerken in Bayern und Deutschland ein schlechtes Signal für internationale Investoren, Unternehmer, den Industriestandort Bayern und das internationale Ansehen Bayerns als solider Wirtschaftsstandort?

7.1 Teilt die Staatsregierung die Ansicht, dass die „Energiewende“ und der Atomausstieg maßgeblich zu der in Zukunft befürchteten Energieversorgungsunsicherheit und den erhöhten Bedarf an verfügbaren Reservekraftwerken beiträgt?

7.2 Ist ein potenzieller Kohleausstieg angesichts dieses Mehrbedarfes an Reservekraftwerken, der nun bereits durch das Ende der Atomenergie entsteht, nicht ein utopisches und realitätsfernes Projekt?

7.3 kann die Staatsregierung ausschließen, dass Bayern den Großteil der drohenden Stromerzeugungslücke 2021 von 30% durch Importe aus angrenzenden Ländern decken muss?